



PROF. DR. HANS-PETER MAYER
MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Pressemitteilung

26.10.2006

Europa-Mayer informiert:

Reform staatlicher Beihilfen für Mittelständische Unternehmen

Die niederländische Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes hat einen Entwurf zur Reform staatlicher Beihilfen für kleinere und mittlere Unternehmen vorgelegt. Die Kontrolle soll vereinfacht werden und sich auf die großen Fälle konzentrieren.

Der Entwurf der Kommission enthält entscheidende Änderungen: Finanzhilfen von einem Gesamtbetrag bis zu 200 000 Euro (bisher 100 000 Euro) sollen zukünftig von der Kommission nicht mehr geprüft werden, da sie den "Wettbewerb und den Handel zwischen den Mitgliedstaaten nicht wesentlich beeinträchtigen". Außerdem plant die Wettbewerbskommissarin den Verzicht auf die Prüfung staatlicher Bürgschaften (indirekter Suventionen), solange der Wert des abgesicherten Kredits unter 1,7 Millionen Euro liegt.

Der Vorschlag der Niederländerin ist Teil einer allgemeinen Reform staatlicher Beihilfen, mit der sich die Wettbewerbskommission derzeit befasst. Der aktuelle Vorschlag ist das Ergebnis massiver Kritik auch aus Deutschland, da ursprünglich eine verschärfte Kontrolle staatlicher Bürgschaften geplant war. Die derzeit vorgesehene Regelung zieht einen deutlichen Bürokratieabbau nach sich und entlastet damit kleine und mittelständische Unternehmen erheblich.

Der Entwurf befindet sich in der zweiten Konsultationsphase. Mitgliedstaaten und Interessenvertreter können nun erneut Stellung nehmen, bevor die Kommission den Vorschlag Ende diesen Jahres annimmt.